

Lärmschutz auf eigene Faust?

A 49: Dissen könnte Pilotprojekt für Gudensberg werden

Gudensberg – Das Tauziehen um wirksamen Lärmschutz entlang der A49 im Gudensberger Stadtgebiet geht weiter. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung haben die Grünen einen erfolgreichen Vorstoß unternommen: Mit Mehrheit beschloss das Gremium, dass der Magistrat prüfen soll, welche kommunalen Handlungsoptionen es für eigene Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Dissen gibt.

Der Antrag sieht vor, zu klären, welche rechtlichen, planerischen und finanziellen Möglichkeiten die Stadt hat, um eigenständig oder gemeinsam mit Bürgern, Unternehmen oder anderen Stellen Lärmschutz umzusetzen. Auch sollen mögliche Förderprogramme, Genehmigungsverfahren und Formen der Bürgerbeteiligung untersucht werden. Hintergrund ist die steigende Belastung durch Verkehrslärm nach dem Lückenschluss der A49. Auch in Dissen klagen viele Anwohner über stark gestiegenen Lärm. Dort waren zuletzt rund 200 Unterschriften an Bürgermeisterin Sina Massow übergeben worden.

„Die Situation ist für viele untragbar geworden“, sagte Christian Scherp (Grüne) in der Sitzung. „Unser Antrag soll jene unterstützen, die durch den Ausbau der A49 zu den Verlierern zählen – und ihnen helfen, ihre alte Lebensqualität zurückzugewinnen.“ Scherp, selbst in Dissen zu Hause, betonte den pragmatischen Charakter des Antrags. „Wir wollen in Dissen den Anfang machen – dort ist die Grundstückssituation überschaubar und die Bürgerschaft sehr engagiert.“ Konkret könne sich die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Ortsbeirat, Bürgern sowie der IgL A49 anbieten, um gemeinsam Lösungen wie etwa einen Erdwall auf privatem Grund zu prüfen. Die Stadt solle dabei keine großen finanziellen Verpflichtungen eingehen. Es gehe nicht um kommunale Großinvestitionen, sondern darum, Ideen zu entwickeln, wie man mit Engagement und Kooperation schnell etwas spürbar verbessern könne, so Scherp.

Zustimmung kam von FWG und CDU. CDU-Fraktionschef Tom Sohl sprach von einem „guten und ersten Ansatz“, mahnte aber, dass der Bund weiter in der Verantwortung stehe. Auch FWG-Fraktionsvorsitzende Anja Weber begrüßte die Initiative, betonte aber, dass mögliche Maßnahmen „nicht

nur Dissen, sondern auch anderen betroffenen Stadtteilen wie Dorla und Gudensberg zugutekommen“ müssten. Die SPD enthielt sich der Stimme. „Kommunale Maßnahmen können nicht die Lösung sein“, so Julian Brand. Weder verfüge die Stadt über die Flächen, noch über die finanziellen Mittel. Man dürfe keine falschen Hoffnungen wecken.

Mit dem Prüfauftrag will die Stadt nun herausfinden, ob sich kurzfristige Verbesserungen erzielen lassen – in Dissen womöglich als Pilotprojekt.

PETER DILLING UND MAJA YÜCE

Ziel: Druck aufbauen

Christian Scherp (Grüne) verwies zudem auf die sich neu formierende Interessengemeinschaft Lärmschutz A49 (IgL A49), die sich zeitgleich in Holzhausen als gemeinnütziger Verein gründete. Ziel sei es, die Lärmschutzforderungen entlang der gesamten A49-Alt-Trasse zu bündeln und politischen Druck aufzubauen. „Je mehr Menschen sich beteiligen, desto größer sind die Chancen, dass Berlin die Ungleichbehandlung zwischen Neubau- und Bestandsstrecken aufhebt“, sagte Scherp.

PDI/MAY